

Ballon „Luna“ handelte. Der Ballon ist vermutlich in der Richtung nach der schwedischen Küste hinübergetrieben worden. Das schwedische Auswärtige Amt hat infolgedessen die Küstenbevölkerung aufgefordert, auf den Ballon aufzupassen. Inzwischen ist auch eine Expedition ausgerüstet worden, um nach dem Verbleib des Ballons zu forschen. Wie seinerzeit gemeldet, glaubte ein Bauer in Kroedshered in Norwegen schon gegen Ende Dezember, den Ballon etwa fünfzig Kilometer von seinem Gehöft entfernt im Hochgebirge gesehen zu haben. Der zuständige Ortsvorsteher ließ, entsprechend einer an ihn ergangenen Aufforderung des norwegischen Ministeriums, eine Expedition, bestehend aus drei Mann auf Schneeschuhen abgehen, um Nachforschungen anzustellen. Die Untersuchungen der Expedition an Ort und Stelle sind indessen ergebnislos geblieben. Die Möglichkeit bleibt immerhin offen, daß, wenn wirklich ein Ballon in jener Gegend des norwegischen Hochgebirges niedergegangen sein sollte, er von dem später reichlich gefallenen Schnee völlig begraben worden ist und erst bei der Schneeschmelze im Frühjahr sichtbar werden kann.

(Weitere Nachrichten aus Sachsen siehe Beilage.)

Tagesgeschichte.
Deutsches Reich.

— Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung befaßt sich in einem längeren Artikel Die Wahlen im Königreich Sachsen mit dem vom Königlich Sächsischen Statistischen Landesamt herausgegebenen Statistikk der sächsischen Landtagswahlen, in welchem sie besonders die Frage des Mehrstimmenrechts und seinen Einfluß auf das endgültige Ergebnis der Landtagswahlen im Sinne des bekannten Artikels der Leipziger Zeitung, auf den mehrfach Bezug genommen wird, bespricht.

— Gegen die preussische Wahlrechtsvorlage haben bereits am Sonntag in einigen Städten Demonstrationen stattgefunden, u. a. in Breslau, Solingen, Braunschweig. Es wird hierüber gemeldet: In Breslau veranstalteten die Sozialdemokraten Sonntag mittag Wahlrechtsdemonstrationen auf den Hauptstraßen. Bei dem Auseinandertreiben der Massen fand die Polizei Widerstand und schritt mit der blanken Waffe ein. Es wurden mehrere Demonstranten verletzt und festgenommen. — Wie die Braunschweiger Neuesten Nachrichten melden, fand am Sonntag Mittag wieder eine Nischenwahl demonstration in Form eines Spazierganges vieler Tausender durch die Straßen statt. Ein starkes Polizeiaufgebot beobachtete den endlosen Zug, fand aber zum Einschreiten keinen Anlaß.

— Für nächsten Sonntag planen die Sozialdemokraten abermals Protestversammlungen wegen der Wahlrechtsvorlage. — Prinz Heinrich von Preußen begibt sich demnächst nach England. Wie der „Standard“ wissen will, wird der Prinz König Eduard und seinen vielen englischen Freunden Besuche abstatten.

— Wie der „Reichsanzeiger“ mitteilt, hat der Kaiser dem Prinzen von Chün, dem Reichsverweser und Prinz-Regenten von China, den Schwarzen Adlerorden verliehen.

— Zum 290. Geburtstag des großen Kurfürsten hat die französische Kolonie in Berlin am Fuße des Denkmals auf der Kurfürstendamm am 6. Februar einen großen Vorbeizug mit weißer Schleife niedergehen lassen. Die Schleife trägt in Goldbuchstaben die Inschrift: Die dankbare französische Kolonie.

— Der Berliner Magistrat hat in einer Sonder Sitzung die Beratung des Etats für 1910 beendet. Zur Balancierung des Etats, der diesmal rund 300 000 000 Mk. aufweist, soll die Erhebung eines Kommunal-Steuerzuschlages von 105 % und eines Zuschlages zur Gewerbe- und Grundsteuer von 155 % im Etat vorgesehen werden.

— Es steht nunmehr fest, daß der Expräsident der Vereinigten Staaten Roosevelt am 28. April in der Reichshauptstadt eintreffen wird, wo er zwei Tage lang verweilen will. Der Kaiser hatte, wie eine Korrespondenz meldet, ursprünglich beabsichtigt, Roosevelt mit allen Ehren, die einem regierenden Souverän zukommen, zu empfangen. Roosevelt hat jedoch den Kaiser in einem kürzlich eingelaufenen Briefe gebeten, von allen Veranstaltungen Abstand zu nehmen, da er als einfacher Privatmann reise. Der Kaiser hat sich dem Wunsche seines Freundes gefügt.

— Im Besinden des Reichstagspräsidenten Grafen Stolberg hat die Besserung auch in den letzten Tagen angehalten. Das Kaiserpaar hat sich wiederholt nach dem Besinden des Patienten erkundigt.

— Herzog Ernst Günther — nicht Mitglied eines regierenden Fürstenhauses! Dem Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, Bruder der Kaiserin, haben bisher stets die Ehren eines Mitgliedes eines regierenden Fürstenhauses zugestanden. Diese Eigenschaft ist dem Herzog jetzt im Verwaltungsstreitverfahren abgesprochen worden. Die Frage wurde infolge der Beanstandung einer Wahl aufgerollt. Der Hofbesitzer Hansen-Gravenstein hatte gegen die Gültigkeit der Wahlen im Wahlverbanne der größeren Grundbesitzer, dem auch der Herzog angehört, und speziell gegen die Wahl des Gutsbesizers Wohlers in Gravenstein Einspruch eingelegt. Der Kreisstag hatte nun in geheimer Sitzung die Frage zu prüfen, ob Herzog Ernst Günther Mitglied eines regierenden Fürstenhauses ist oder nicht. In letzterem Falle mußte die Wahl verworfen werden. Nach mehrstündiger Beratung kam der Kreisstag zu dem Beschluß, dem Einspruche stattzugeben, und die Wahl aufzuheben, da das vorliegende Material zur Gewisse beweise, daß dem Herzog Ernst Günther die vorerwähnte Eigenschaft nicht zustehe. Als dem Herzog von diesem Urteil Kenntnis gegeben wurde, hat er sofort Auftrag erteilt, in Wahrung seiner Rechte den Bezirksauschuß anzurufen.

— Verbreitung einer dreifachen Verleumdung. Johs. Schröder, der kath. Pfarrer von Herrnsdorf, verschickte ein Schreiben, in dem er um Gaben für eine zu erbauende kath. Kirche in Herrnsdorf bittet. In der Einleitung weist er auf die Los von Rom-Bewegung in Böhmen hin. Er schreibt: „Millionen von Mark sind ins Land gebracht worden, um

mit klingender Münze zu erreichen, was die Ueberredung nicht vermochte.“ Wenn Pfarrer Schröder damit etwa sagen will, man habe Uebertritte mit Geld gemacht, so macht er sich der Verbreitung einer dreifachen Verleumdung schuldig. Sollte übrigens ein guter Freund des Herrn Schröder die Absicht haben zu behaupten, der oben angeführte Satz befinde sich nicht in dem fraglichen Schriftstücke, so bemerken wir, daß dieses, versehen mit dem „Kirchensiegel Herrnsdorf“ in unserem Besitze ist.

— Zum ersten Male eine Million Reichsrentner. Die Zahl der Reichsrentner hat nach der Zahl der Aufstellung vom 1. Januar d. J. zum ersten Male eine Million erreicht und überschritten. Sie betrug 1 014 449. Am 1. Januar 1909 hatte diese Zahl noch 995 810 betragen. Nach wie vor entfällt die Hauptmasse auf die Invalidenrenten mit 893 885 Empfängern. Auf die Altersrenten entfallen 102 362, auf Krankenrenten 18 502. Die Zahl der Alters- und Krankenrenten ist im letzten Jahre etwas zurückgegangen. Die Abnahme betrug bei den Altersrenten 6275, bei den Krankenrenten 885. Dagegen hat die Zahl der Invalidenrenten sich um 35 499 vermehrt. Wenn auch 897 666 im letzten Jahre in Wegfall kamen, so wurden doch 115 264 neu festgesetzt. Die meisten Invalidenrenten hat die Landesversicherungsanstalt Schlesien mit 81 587. Es folgt die Rheinprovinz mit 77 314, dann das Königreich Sachsen mit 62 564 und Brandenburg ohne Berlin mit 52 743. Altersrenten gibt es dagegen am meisten im Königreich Sachsen mit 10 203, dann erst in Schlesien mit 9224, in Brandenburg mit 8172, in Sachsen-Anhalt mit 7318 und dann erst in der Rheinprovinz mit 6344. Beitragsrückstellungen bei Heiraten finden jedes Jahr ungefähr 150 000 statt. Die Zahl ist im letzten Jahre um einige Tausend zurückgegangen und betrug 1909 noch 148 454. Infolge von Todesfällen wurden 37 554 mal die Beiträge erstatet, infolge von Unfällen 549 mal. Die meisten Renteninhaberinnen heirateten in der Rheinprovinz mit 17 418, dann im Königreich Sachsen mit 15 482, in Schlesien mit 12 905 und in Brandenburg mit 10 616.

— Das Zentralkomitee für eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich, an dessen Spitze Sr. Exzellenz der Wirkliche Geheim Rat Freiherr von Mantuffel, Präsident des Herrenhauses, Geheimrat Prof. Dr. Raafche, Mitglied des Reichstages, General von Zetter, General v. Loebell, Bondirektor Leopold Steinthal und eine Reihe anderer hervorragender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens stehen, hat beschlossen, eine Sammlung zugunsten der durch die Ueberschwemmungen der Seine Geschädigten zu veranstalten. — Wir hatten es nicht nur für liebedienstlich, sondern auch für ganz und gar überflüssig, dem reichen Frankreich mit solchen Mitteln zu Hilfe zu kommen. Dem humanen Mitgefühl ist durch die zum Teil beträchtlichen Summen, die einzelne Banken usw. nach Paris gelangen ließen, bereits mehr als nötig Genüge getan. Die private Wohltätigkeit braucht nicht erst in Anspruch genommen zu werden. Ihr Feld ist die eigene Heimat, in der es hinreichend Gelegenheit zur Ausübung menschenfreundlicher Gesinnung gibt. Wo blieb denn das Ausland, als deutsche Gebiete von Katastrophen heimgesucht wurden? Zudem läuft man Gefahr, daß das stolze Frankreich solche Art der Unterstützung kühl dankend ablehnt. Wir haben mit unseren Liebesbezeugungen so schlechte Erfahrungen gemacht, daß wir endlich damit aufhören sollten, um die Gunst anderer Nationen bei jeder passenden oder auch unpassenden Gelegenheit zu buhlen.

— Unter dem 31. Januar d. J. hatten die Vertrauensmänner für Rheinland, Westfalen des Alldeutschen Verbandes an den Reichstanzler eine Zuschrift gerichtet, in der scharfe Kritik über das Auswärtige Amt geübt wird und diesem vorwirft, fremdländische Interessen zum Nachteil Deutschlands gefördert und in wichtigen Fällen Reichstagsinteressen schwer geschädigt zu haben. Reichstanzler von Bethmann Hollweg hat statt einer direkten Antwort diese Zuschrift der Hauptleitung des Verbandes überwiesen und es als unverantwortlich bezeichnet, daß solche unwürdige Anschuldigungen gegen eine Reichsbehörde geschleudert werden. Der Geschäftsführende Ausschuß des Alldeutschen Verbandes war darauffhin am Sonntag zu einer Sitzung zusammengetreten und hat ein Antwortschreiben an den Reichstanzler beschlossen, in dem es heißt: „Der Geschäftsführende Ausschuß des Alldeutschen Verbandes kann die Form jener Entschlieung, und zwar in ihrem ganzen Umfange, als auch in der Art des Vorgehens der rheinisch-westfälischen Vertrauensmänner nicht billigen. Er betrachtet indessen die Entschlieung als einen Ausfluß ernster Sorge um die auswärtige Politik des Deutschen Reiches, einer Sorge, die, wie die Ausführungen des weitaus überwiegenden Teiles der deutschen Presse aller Parteilichungen gerade aus diesem Anlaß dartun, von der überwiegenden Mehrheit der Reichsbürger geteilt wird. Der Geschäftsführende Ausschuß weiß sich eins mit allen Mitgliedern des Alldeutschen Verbandes in dem Wunsche, daß es der Reichsleitung gelingen möge, einer ersten Sorge den Boden bald zu entziehen.“

Es war in dem großen Kriege 1870/71 an einem Sonntage. Unsere braven Soldaten versammelten sich zu einem Gottesdienst auf dem Marktplatz eines französischen Dorfes. Mächtig brausten die Klänge des gaudenschen Lutherliedes über den weiten Raum. Da kommt ein Bauer daher. Er trägt unter dem Arm ein dickes Buch. Ruhig stellt er sich zu den Kriegern und singt mit. Esgrau ist sein Bart und sein Haar, altersschwach seine Stimme. Allein heilige Andacht verklärt sein Angesicht. Seine Augen sind wie Kinderaugen, die in den Weihnachtsglanz schauen. Als die Feier zu Ende, fragen verwundert die Soldaten, wiewo er an einem deutschen Gottesdienst teilnehme. Da erzählt der alte Mann, daß er zur Zeit der Befreiungskriege als ein halbwüchsiger Junge mit einem Marktelender nach Frankreich hineingefahren sei. In diesem Dorfe habe ihn eine schwere Krankheit ergriffen. Gute Leute hätten ihn gesund gepflegt und darnach an Kindesstatt angenommen. „So bin ich in der Fremde geblieben. Heute aber, nach 65 Jahren höre ich zum

ersten Male wieder meine Muttersprache, ein deutsches Lied und eine deutsche Predigt.“ „Wie aber kommts“, fragte ein Soldat, „daß du unsere Sprache nicht verlernt hast; du sprichst doch gut deutsch.“ Da nahm der Bauer das Buch unter dem Arm hervor: „Diese Bibel nahm ich einst als meine einzige Habe mit in das fremde Land. Sie hat in der heiligen Muttersprache zu mir geredet all die langen Jahre her. Sie war das Band zwischen mir und meiner Heimat. Sie hat mir den Glauben meiner Väter bewahrt. — Ich bin heute ein reicher Mann. Allein alle meine Äcker und Wiesen wollte ich lieber hinschleppen lassen als meine deutsche Bibel.“
Evangel. Bundesbote.

Cesstreich - Ungarn.

— Die Prager Stadtverwaltung fährt weiter fort, die verhasste deutsche Sprache innerhalb der Mauern ihrer Stadt zu bekämpfen. Vor einiger Zeit trug sie der deutschen Lehrerinnenbildungsanstalt auf, ihre deutsche Hausstafel „aus ästhetischen Gründen“ sofort zu entfernen. Eine von der deutschen Sektion des Landeslehrercollegiums gegen diesen Beschluß bei dem Stadtverordnetenkollegium in deutscher Sprache eingebrachte Beschwerde wurde ohne weiteres zurückgewiesen, weil sie in einer „unverständlichen“ Sprache abgefaßt sei. Erfreulicherweise hatte nach den Mitteilungen des Vereins für das Deutschtum im Ausland eine Berufung an den Landesausschuß die Folge, daß dieser einstimmig der Beschwerde gegen das Stadtverordnetenkollegium stattgab und dieses in energischer Weise beauftragte, auf den Inhalt der deutschen Eingabe einzugehen. — Dasselbe hat der Tschechifizierungsbeirat der Prager Stadtämter an einer anderen Stelle einen neuen Erfolg zu verzeichnen. Die Wochenberichte der städtischen statistischen Kanzlei in Prag erschienen bisher in drei Sprachen, in deutscher, tschechischer und französischer. Nach der Pensionierung des bisherigen Vorstandes dieser Kanzlei, Prof. Erben, mit dem der letzte deutsche Beamte aus dem städtischen Dienste Prags scheid, wurde in den Verhandlungen sofort die deutsche Sprache ausgemerzt, so daß sie nur noch in tschechischer und, um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, in französischer Sprache erscheinen.

— Da die Einigungsverhandlungen zwischen Deutschen und Tschechen zu keinem Ergebnis geführt haben, wurde am Montag im Landtag die Obstruktion von deutscher Seite fortgesetzt. Es lagen 70 Dringlichkeitsanträge und 126 Petitionen vor, durch deren Verlesung die Sitzung ausgefüllt wurde.

— Gestern wurde im Landtag eine Erklärung der tschechischen Abgeordneten verlesen, in der die deutschen Abgeordneten für die schwere Schädigung der Interessen des Landes und der volkswirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Interessen der Bevölkerung verantwortlich gemacht werden. Darauf wurde der Landtag verlagert.

— Der Verband deutscher Landtagsabgeordneter hat nach der Vertagung des Landtages eine Kundgebung an die Deutschen in Böhmen erlassen, in der es heißt, daß alle Deutschen danach streben, daß die verworrenen nationalen Verhältnisse im Lande und auch im Reiche eine dauernde Ordnung erfahre und daß im Hinblick auf dieses hohe Ziel Opfer gebracht werden müßten. Die Kundgebung schließt mit den Worten: In unserem Rechte liegt unsere Kraft!

Frankreich.

— Der Ministerrat beschloß, von der Kammer einen Kredit von 20 Millionen zur Unterstützung der durch das Hochwasser Geschädigten zu verlangen. Ferner nahm er den Entwurf der Marinevorlage an, die demnächst bei der Kammer eingebracht werden wird. — Die Marinevorlage sieht für die Schiffsflotte 28 Panzer, 10 Aufklärungschiffe und 52 Hochseetorpedoboote vor, während für die Küstenverteidigung 94 Unterwasserboote und für ausländische Stationen zehn Schiffe bestimmt sind. Die Panzer der Schiffsflotte sollen in zwei Verbänden, jeder zu zwei Geschwadern, davon eins mit voller und eins mit reduzierter Besatzung eingestellt werden.

Rußland.

— Der deutsche Botschafter in Petersburg Graf Pourtales empfing einen Mitarbeiter der „Nowoje Wremja“, dem gegenüber er sich über verschiedene Fragen äußerte. In betreff der Hellfeldt-Angelegenheit sagte der Botschafter, das ruhige und sachliche Verhalten beider Regierungen in der Streitfrage diene zum berechtigten Beweise für den beiderseitigen Wunsch, jede ungünstige Einwirkung der Angelegenheit auf die russisch-deutschen Beziehungen zu verhindern. Es sei erfreulich, daß auch die russische Presse jetzt die Sache unparteiisch beurteile. Gleich der Hellfeldt-Angelegenheit sei auch der Anruf der deutschen Professoren für Zimland ohne politische Bedeutung. Die Nicht-einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates sei eines der leitenden Prinzipien der deutschen Politik. Ueber die Grundlagen russisch-deutscher freundschaftlicher Beziehungen bemerkte Pourtales, zahllose gegenseitige Interessen zwingen beide Staaten in Frieden zu leben; er könne absolut nicht glauben, daß irgend welcher unversöhnlicher, zu bewaffnetem Konflikt dringender Antagonismus zwischen beiden Nationen bestehe. Er sei im Gegenteil überzeugt, daß friedliches Zusammenleben und gegenseitiger Austausch von materiellem und geistigen Wohlstand beiden Völkern zum Vorteil gereichen werden.

Schweden.

— Am Sonntag abend erkrankte König Gustav von Schweden an Kolikschmerzen. Montag abend stellten die Aerzte die Diagnose auf Blinddarmentzündung und beschloßen eine sofortige Operation. Diese wurde um Mitternacht vorgenommen und nahm einen günstigen Verlauf.

Serbien.

— Was die Serben als nationales Unglück ansehen. „Matin“ meldet aus Belgrad: Die Berichte, daß Rußland eine Verständigung mit Oesterreich über den Balkan angebahnt habe, haben sowohl in Regierungskreisen, als auch beim serbischen Volke tiefen Einbruch hervorgerufen. Die Annäherung zwischen diesen beiden Mächten wird als ein nationales Unglück für Serbien aufgefaßt. Es wird versichert, daß der Kabinetts-